

# DIREKT

Information der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund



**SPD-Fraktion stimmt 200 Azubis bei der Verwaltung zu Kürzungen abgewendet**



Thomas Tölch, personalpolitischer Sprecher.

**DORTMUND.** „Wir freuen uns sehr, dass die Verwaltung auch 2016 wiederum 200 Ausbildungsplätze anbieten möchte und unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich. Wir leisten damit als Stadt einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit und bieten jungen Menschen durch eine fundierte Ausbildung im öffentlichen Dienst berufliche Perspektiven. Deshalb hat die SPD-Fraktion dieser Einstellungsanlage in der Sitzung des Personalausschusses Ende Mai gerne zugestimmt“, erläutert der personalpolitische Sprecher Thomas Tölch.

Die Gewinnung von jungen Nachwuchskräften ist zwingend erforderlich, um das Wissen weiterzugeben und so die Leistungsfähigkeit der Kommunalverwaltung langfristig zu erhalten. Schon heute sind insgesamt 41 % der Mitarbeiter 50 Jahre und älter, das Durchschnittsalter liegt bei 45,3 Jahre. Thomas Tölch: „Nicht ohne Grund haben wir schon im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2015 Kürzungsabsichten im Ausbildungsbereich die rote Karte gezeigt. Das wäre personalwirtschaftlich nicht gut gewesen. Wir brauchen mehr Informationen zum demografischen Wandel in der Verwaltung, um den Auswirkungen etwas entgegen zu setzen.“

Bei der Besetzung der Ausbildungsstellen soll auch Hauptschülern der Übergang ins Berufsleben ermöglicht werden. Durch die Übernahme ausgebildeter Nachwuchskräfte soll der durch Fluktuation entstehende Personalbedarf gedeckt werden. Die Stadt wird darüber hinaus weiterhin Projekte umsetzen und Praktikumsplätze zur Verfügung stellen. So lernen junge Menschen die tägliche Arbeit und betriebliche Strukturen kennen. Darüber hinaus arbeitet das Personal- und Organisationsamt mit dem Jobcenter daran, Nachwuchskräfte über die Ausbildungsmöglichkeiten bei der Stadt zu informieren.

Um der demografischen Entwicklung und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, verfolgt die Stadt das Ziel, die Anzahl der Bewerber mit Zuwanderungsgeschichte zu erhöhen. Die kulturelle Vielfalt in Dortmund soll sich auch in der Belegschaft der Verwaltung widerspiegeln.

## SPD kümmert sich um zukunftsfähigen ÖPNV

Das sehr gute Bus- und Bahnangebot von DSW21 langfristig für Dortmund erhalten

Ein gut funktionierender ÖPNV in der Stadt und darüber hinaus ist der SPD-Ratsfraktion sehr wichtig. In der aktuellen Diskussion um die zukünftige Organisation und Durchführung des ÖPNV in Dortmund nach 2018 hat sich die SPD-Fraktion politische Eckpunkte für die anstehenden Beratungen gegeben und den Bus- und Bahnverkehr aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet.

**DORTMUND.** Bislang ist die DSW21 mit der Umsetzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in Dortmund betraut. Der Rat der Stadt wird sich nach den Sommerferien mit den Vorschlägen der Verwaltung und Rechtsgutachten zur Weiterführung der Verkehrsdienstleistungen in Dortmund befassen. Hier das 5-Punkte-Positionspapier der SPD-Ratsfraktion:

### 1. ÖPNV unverzichtbar für die Stadt

Täglich nutzen über 600 000 Fahrgäste in Dortmund Bus und Bahn und entscheiden sich damit für die umweltfreundliche Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Verkehrsunternehmen, wie DSW21, legen in Dortmund im Jahr mit ihren Fahrzeugen mehr als 23 Mio. km zurück. Die SPD-Fraktion sieht im ÖPNV einen wichtigen und unverzichtbaren Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

Mobilität ist im Hinblick auf Schule und Bildung, Arbeits-



Über 600 000 Menschen fahren in Dortmund täglich mit Bus und Bahn. Archivfoto

leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besonders wichtig. Die Bürger der Stadt Dortmund haben einen berechtigten Anspruch auf einen gut funktionierenden und zukunftsfähigen ÖPNV.



VRR-Vorstand Luis Castrillo (l.) informierte die Fraktion über die Grundlagen des Bus- und Bahnverkehrs. Fotos: SPD

### 2. ÖPNV in Dortmund attraktiv und bezahlbar

Die SPD-Ratsfraktion bewertet die jahrelange Durchführung des ÖPNV durch die DSW21 als sehr positiv. In Dortmund ist es gelungen, den Bus- und Schienenverkehr attraktiv zu gestalten und den Kunden hervorragende Verkehrsangebote in der Stadt

beinahe „rund um die Uhr“ anzubieten.

Das Dortmunder Modell zur Deckung des Finanzierungsdefizits im ÖPNV im Rahmen des Querverbundes muss unbedingt erhalten bleiben, weil sonst erhebliche Kürzungen bei den Verkehrsdienstleistungen unabdingbar sind.

### 3. ÖPNV aus einer Hand

Die SPD-Fraktion spricht sich deshalb dafür aus, die Verkehrsdienstleistungen der Stadt auch über 2018 hinaus zukünftig möglichst direkt an DSW21 zu vergeben.

Der Vorstand der DSW21 und die Verwaltung werden aufgefordert, alle notwendigen Kriterien zu untersuchen, damit diese Direktvergabe weiterhin gelingen kann und unter Vergabegesichtspunkten ein Höchstmaß an Rechtssicherheit erreicht wird.

Die SPD-Fraktion spricht sich dafür aus, dass die DSW21 als integriertes Verkehrsunternehmen erhalten bleiben muss.

### 4. ÖPNV schafft Arbeitsplätze

Die SPD-Fraktion for-

dert, dass die Interessen der DSW21-Beschäftigten in jedem Fall erhalten werden. Die Arbeitsplätze der Fahrer sowie der Werkstattmitarbeiter und weiteren Beschäftigten in diesem Arbeitsfeld müssen dauerhaft erhalten bleiben und tarifvertraglich abgesichert bleiben.

Die SPD-Fraktion setzt auf das gut ausgebildete, qualifizierte und motivierte Fahrdienst- und Werkstattpersonal der DSW21.

Und sie erwartet, dass die Mitbestimmung der Beschäftigung durch die Neuordnung der Verkehrsdienstleistungen keine Einschnitte erfährt.

### 5. ÖPNV hat in Dortmund Zukunft

Während die betrieblichen Planungen bei den Verkehrsunternehmen liegen, gestaltet die Stadt aus übergeordneter kommunaler Sicht ihre Nahverkehrsplanung.

Seit der Beschlussfassung des Nahverkehrsplans 1997 hat sich die Qualität des Angebotes sowohl in betrieblicher Hinsicht, als auch bei den Anlagen und Fahrzeugen gesteigert. 14% zusätzliche Fahrplan-Leistungen werden heute angeboten. Und die Zahl der Fahrgäste ist um fast 30% gestiegen.

DSW21 ist bereit, in den nächsten Jahren rund 160 Mio. € in die Infrastruktur des ÖPNV zu investieren.

Der Strukturwandel der Dortmunder Wirtschaft und seine Folgen für die Menschen haben auch Auswirkungen auf Verkehrsmittelwahl und Mobilität.

Die Stadt hat darauf mit einem neuen Flächennutzungsplan und Konzepten reagiert und der Rat der Stadt die Fortschreibung des Nahverkehrsplans beschlossen.



Die Fachleute des Bildungsforums der SPD-Ratsfraktion und der AFB im Dortmunder Rathaus.

## Länger gemeinsam lernen

Eltern wünschen Ganztag und Abitur

**DORTMUND.** Rund 60 bildungspolitisch Interessierte trafen sich am 2. Juni zum Thema „Länger gemeinsam Lernen“ im Rathaus. Der renommierte Bildungsforscher Dr. Ernst Rösner stellte sein für den Verband Bildung Erziehung (VBE) NW verfasstes Gutachten vor.

Demnach gibt es bei Eltern eine stark zunehmende Akzeptanz des längeren gemeinsamen Lernens und von Ganztagschulen. Daran müsse sich Schulentwicklung orientieren. Gymnasiale Standards werden zukünftig die Richtschnur für das Elternwahlverhalten sein. Dies hat natürlich Auswirkungen auf Haupt- aber auch auf Realschulen.

Dr. Rösner plädiert dafür, die in NRW bestehenden sehr hohen Hürden für die Gründung und Fortführung von Schulen des gemeinsamen Lernens deutlich zu senken. Viele andere Bundesländer

dienen hier als Vorbild. Allerdings warnte er davor, die Sekundar- und Gesamtschulen als „Auffangschulen“ für problematische Fälle zu betrachten. Das sei z.B. der Fall, wenn Gymnasien weiterhin Kinder „abschulen“ könnten. Vielmehr erwarte er auch dort die bedarfsorientierte Differenzierung aller Kinder. Seine Einstellung: „Das Aufnahmerecht in weiterführende Schulen umfasst das Recht für die Schüler, dort zu verbleiben“.

Wie die Schullandschaft landesweit in Bewegung ist, konnte eindrucksvoll belegt werden. Neben dem erheblichen Anstieg von Sekundar- und Gesamtschulen, verlieren Schulen ohne gymnasiale Abschlüsse immer mehr Schüler. Bei Hauptschulen betrage die Schülerquote in Dortmund nur 4%. Rösner forderte von der Kommunalpolitik verbindliche Zeitpläne für zukunftsweisende Schulentwicklungen.

## Dortmund erhält ein Haus des Jugendrechts

Bessere Kooperation für schnellere Verfahren

**DORTMUND.** Der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie hat jetzt beschlossen, ein „Haus des Jugendrechts“ zu schaffen. Hier werden Jugendgerichtshilfe, Polizei und Staatsanwaltschaft unter einem Dach zusammen arbeiten. Ziel ist es, durch die enge Kooperation, die Verfahren für jugendliche Straftäter zu beschleunigen und besonders gefährdete Jugendliche intensiver betreuen zu können.

Martin Grohmann, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, begrüßt dies: „Ich lege aber großen Wert darauf, dass die erzieherischen, sozialen und fürsorglichen Gesichtspunkte einen hohen Stellenwert erhalten.“

Deshalb sollen nach der



Martin Grohmann, kinder- und jugendpolitischer Sprecher.

erfolgten Grundsatzentscheidung die Schwerpunkte der Kooperation zwischen den Institutionen im Fachausschuss aus jugendpolitischer Sicht beraten und bewertet werden. Der Rat wird am 25. Juni dieses wichtige Vorhaben abschließend diskutieren und auf den Weg bringen.

## Nordwärts bedeutet Vorwärts

Viele Dortmunder bringen ihre Ideen ein, um Stadtteile zu stärken

**DORTMUND.** Mit einer gut besuchten Auftaktveranstaltung wurde jetzt der Startschuss für das Projekt „Nordwärts“ gegeben. Die SPD-Fraktion hatte sich im Rahmen ihrer Klausurtagung intensiv mit dem Projekt befasst und einstimmig beschlossen, das Vorhaben zu unterstützen. Der Fraktionsvorsitzende Norbert Schilff: „Wir sind guten Mutes, dieses einzigartige Projekt auf den Weg zu bringen, um in den kommenden Jahren die nördlichen Stadtteile stärken.“

Zum Auftakt fanden sich rund 230 Interessierte im Dortmunder Norden ein. In Foren zu Themen wie Stadtentwicklung, Wohnen oder bürgerschaftliches Engagement nutzten die Teilnehmer ihre Möglichkeit, eigene Vorstellungen und Ideen in den Nordwärts-Prozess ein-

zubringen. Es wurde intensiv diskutiert, es wurden Stärken des Projektgebietes benannt und neue Projektansätze gesammelt. Mit Oberbürgermeister Ullrich Sierau freut sich Norbert Schilff über die sehr gute Resonanz: „Das Projekt Nordwärts hat in unserer Fraktion große Zustimmung gefunden. Wir sind davon überzeugt, dass der erste Schritt in Richtung Nordwärts gelungen ist. Nordwärts bedeutet ab sofort ‚Vorwärts‘ für die betroffenen Stadtbezirke.“

Viele weitere Schritte müssen nun folgen. Grundlage einer Entwicklungsstrategie sind die Kenntnisse über die Stärken und Schwächen des Projektgebietes. Eine Bestandsaufnahme aller bisherigen Projekte ist erforderlich. Die eingerichtete Koordinierungsstelle „Nordwärts“ hat mit den Fachbereichen be-



Norbert Schilff, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion.

reits mit der Bestandsanalyse begonnen, die zum Ende des Jahres dem Rat der Stadt vorgelegt werden soll.

Das Projekt will eine breite Beteiligung erzielen und so viele Menschen wie möglich aktiv in die Prozessentwicklung einbeziehen. Um mit

den Bürgern vor Ort ins Gespräch zu kommen, stellen die Verantwortlichen ihre Arbeit auf Veranstaltungen in den Stadtbezirken vor und bieten Gelegenheit, das Projekt kennenzulernen und Ideen einzubringen.

Zusätzlich werden für Interessierte „Nordforen“ angeboten. Für die Sommerferien ist bereits ein Programm geplant: Unter dem Motto „Mittsommer in Nordwärts“ sind Nordwanderungen geplant. Hierbei können Dortmunder die Stadtbezirke kennenlernen und ihre Highlights entdecken.

Die SPD-Fraktion wird nach den Ferien eigene Stadtbezirksreisen durchführen, um sich vor Ort ein Bild machen zu können und Anregungen und Wünsche der Anwohner zu berücksichtigen.



### Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Dortmund Christian Uhr | Fraktionsgeschäftsführer Friedensplatz 1 | 44135 Dortmund Tel.: 0231-5024380 | Fax: 0231-579147 fraktion@spd-fraktion-dortmund.de www.spd-fraktion-dortmund.de

